



Beate Müller-Gemmeke MdB

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für Arbeitnehmerrechte
Wilhelmstr. 89, 72764 Reutlingen
Telefon 07121 – 909 2411
Fax 07121 – 994 3186

E-Mail: beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de

Pressemitteilung

20.07.2011

Stuttgart 21: Jobmotor ist nicht in Sicht

Zu der vom IMU-Institut in einem heute veröffentlichten Gutachten prognostizierten Beschäftigungswirkung des geplanten Bahnhofs-Projekts Stuttgart 21 erklärt die Reutlinger Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke:

Endlich wurde ein Argument der Projektbefürworter entlarvt, der „Jobmotor Stuttgart 21“ ist nicht in Sicht! Der Bau des Bahnhofs ist mit Beschäftigungseffekten nicht zu rechtfertigen. Das Großprojekt kostet den Steuerzahler Unsummen und die Anwohnerinnen und Anwohner den letzten Nerv. Die Nutzerinnen und Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel in Baden-Württemberg haben über Jahrzehnte das Nachsehen, da dringend notwendige Investitionen verschleppt werden. Fazit: wer die Beschäftigung ankurbeln will, der sollte in sinnvolle Projekte investieren – und nicht in Stuttgart 21.

Die heute veröffentlichte Prognose des IMU-Instituts räumt mit der Mär vom Beschäftigungsmotor Stuttgart 21 auf. Die immer wieder als Argument für eine Tieferlegung des Hauptbahnhofes vorgebrachten 24.000 neuen Arbeitsplätze, die das Mammutprojekt bringen soll, werden sicher nicht erreicht werden. Bis auf wenige dauerhafte neue Beschäftigungsverhältnisse werden nach einer möglichen Fertigstellung von Stuttgart 21 nur ein Milliardengrab und eine vernachlässigte Verkehrsinfrastruktur in Baden-Württemberg zurückbleiben.

Wie das IMU-Gutachten deutlich macht, beruhen die versprochenen Prognosen von bis zu 24.000 neuen Arbeitsplätzen in der Betriebsphase auf falschen Annahmen, undurchsichtiger Methodik und Effekten, die mit einem modernisierten Kopfbahnhof plus Neubaustrecke in ähnlicher Höhe zu erreichen sind.

Der Beschäftigungseffekt durch freiwerdende Flächen in Bahnhofsnähe ist viel geringer als behauptet: auf dem im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Areal können lediglich an die 2.500 Arbeitsplätze untergebracht bzw. verlagert werden. Flächen allein garantieren ohnehin noch keinen Beschäftigungszuwachs. Ähnliches gilt für die Gewerbebauten. Durch sie werden statt wie vorgesehen 14.000 Arbeitsplätze nur 2.500 Arbeitsplätze durch städtebauliche Effekte geschaffen. Auch die Beschäftigungseffekte durch die Fahrzeitverkürzung müssen von 1.700 auf 500 Arbeitsplätze korrigiert werden. Für sie gilt ebenfalls: die teure Tunnellösung ist nicht notwendig, Fahrzeitverkürzungen werden auch durch einen optimierten Kopfbahnhof erreicht. Zuletzt werden wohl auch während der Bauphase kaum die 5.000 behaupteten Arbeitsplätze im Baugewerbe

entstehen. Geht man davon aus, dass nur 20 Prozent der Aufträge nach Baden-Württemberg fließen, schrumpft der Beschäftigungszuwachs auf ca. 350 Arbeitsplätze.